

# Die mißbrauchte Revolution

## 40 Jahre Sowjetmacht beendeten Hoffnung auf „roten Sozialismus“

Wir haben uns angewöhnt, die Lobhudeleien der SED-Führer auf die Sowjetmacht mit nachsichtigem Lächeln zu quittieren. Und niemand nimmt mehr Anstoß an den bombastischen Schlagzeilen der Zonenpresse zum 40. Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution. Zu augenfällig ist das Desinteresse der Bevölkerung an diesem „Ereignis“. Selbst dort, wo dem russischen Volk an sich ehrliche Sympathien entgegengebracht werden, leiden diese unter der byzantinischen Glorifizierung des Sowjetregimes. Dennoch wäre es sinnvoll, jene Stimmung miteinander zu vergleichen, in der sich die deutsche Arbeiterschaft im November 1917 befand, und in der sie sich heute, 40 Jahre später, befindet. Und allein daraus jenen großen Verrat abzulesen, den die Sowjetführer an den auf eine echte Revolution vertrauenden Menschen in der ganzen Welt begangen haben.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen: Das, was Stalin und die Männer nach ihm dem Sowjetvolk angetan haben, sei eine Angelegenheit, die uns erst dann berührt, wenn sie unsere eigenen Kreise stört. Man kann die bolschewistische Revolution aber auch mit deutschen Augen, im Spiegel eben jener 40 Jahre, sehen. Was aber ergäbe sich dann für ein Bild?

### Sympathie und Enttäuschung

Als Lenin sein historisches Telegramm „An Alle...“ über den Äther gehen ließ, gab es viele deutsche Menschen — Soldaten in den Schützengräben der Westfront und hungernde Frauen in den Munitionsfabriken der Heimat —, die voller Hoffnung und Vertrauen nach Petrograd blickten. Die sprunghafte Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Europa nach dem ersten Weltkrieg beehrte auf der Annahme, jenseits der russischen Grenzen entstehe ein Paradies der arbeitenden Menschen: Ein Land ohne soziale Not, menschliche Ausbeutung und politische Unterdrückung. Arbeiter der ganzen Welt spendeten ihre letzten Groschen, um den russischen Brüdern zu helfen. Die ersten Deutschen, die in das neue Sowjetrußland einreisen durften, brachten der russischen Räte-

regierung die aufrichtigen Glückwünsche Millionen deutscher Menschen — keinesfalls nur von Kommunisten — mit.

Ende der zwanziger Jahre hatten sich bereits viele enttäuscht von der Sowjetunion abgewandt. Die deutschen Kommunisten bekamen den arroganten und expansiven Machtanspruch der Moskauer Partei zu verspüren. Deutsche Parteiführer verschwanden jenseits der Sowjetgrenze, Rußlandreisende kamen enttäuscht und hoffnungslos zurück.

Dann kam Hitler, und damit die härteste Enttäuschung. Wer in die Sowjetunion emigrierte, bemerkte bald, daß Stalin jederzeit mit Hitler paktiert hätte, wenn dieser bereit gewesen wäre, Europa und die Weltmärkte gemeinsam aufzuteilen. Er sah aber auch das maßlose Elend, in dem die Sowjetbürger lebten, jenes unsagbare Maß an Unfreiheit, mit dem die Sowjetmacht ihre Herrschaft aufrechterhielt. Und die in der Heimat verbliebenen deutschen Kommunisten erkannten, daß es keinen Sinn habe, auf irgendeine Hilfe der Sowjetunion zu warten. Sie wußten sofort, daß der Hitler-Stalin-Pakt von Moskau aus ehrlich gewünscht und gefördert wurde.

Noch einmal flackerte die Hoffnung der deutschen Antifaschisten auf, als Hitler am

22. Juni 1941 seine Truppen über die Sowjetgrenzen marschieren ließ. Aber was sie dann erlebten, raubte ihnen die letzte Hoffnung auf den „roten Sozialismus“. Was deutsche Soldaten in Rußland sahen, wirkte besser als alle Nazipropaganda. Mit tiefem Mißtrauen, aber nicht ganz ohne Hoffnung sah dann das deutsche Volk dem Wirken der Russen nach 1945 entgegen. Man war bereit, die Dinge beim Einmarsch zu vergessen, man entschuldigte vieles im Laufe der ersten Jahre. Aber bereits 1948 schwand die letzte Illusion,

### Alle Chancen verspielt

Überblickt man diese 40 Jahre seit dem November 1917, so kann man ohne Voreingenommenheit feststellen: Das deutsche Volk ist der Sowjetunion seit jeher freundschaftlich und ohne Arg entgegengetreten. Das einzige Mal, wo ein Hitler diesem Land den Krieg erklärte, dürfte er keine zehn Prozent unserer Bevölkerung moralisch hinter sich gehabt haben. Die Sowjetführer aber haben das deutsche Volk, sogar die deutschen Kommunisten, seit den ersten Jahren ihrer Machtergreifung bitter enttäuscht und betrogen. Was sie ihrem eigenen Volk antaten, müssen sie vor diesem und vor der Geschichte verantworten. Daß jedoch der „rote Sozialismus“, einst die Hoffnung zahlloser Menschen in Deutschland und der ganzen Welt, heute zum Inbegriff einer unsozialen und menschenverwürdigenden Diktatur geworden ist, dürfte ihr moralisches Schuldkonto nicht minder belasten. Und wer die Sowjetführer desenthalben noch fernern möchte, der mag es in dem Gefühl tun, daß seiner in irgendeiner Phase seines Lebens noch jene furchtbare Enttäuschung harret, der alle, die an Moskau glaubten, bisher zum Opfer fielen.

## Mit dem Osten fertig werden

DT. Unter den Reisezielen dieser Woche steht Moskau an erster Stelle. Die Gratulanten kommen aus aller Welt, um dabei zu sein, wenn die Sowjetunion die 40-Jahr-Feier ihrer Existenz veranstaltet. Das könnte ein Nationalfest sein, zu dem sich die Freunde und Gönner einfinden. Aber weder die Veranstalter noch die Eingeladenen, nicht die wirklichen Moskaupilger und auch nicht die, die ein schwer definierbarer Zwang treibt, mitzufeiern, haben am nationalen Charakter eines solchen Ereignisses ihre Freude. Die Sowjetunion, die aus dem blutigen Sturm der Oktober-Revolution von 1917 erwuchs, wünscht sich als das Quellland einer Idee und ihrer Macht zu feiern. Das Sowjetdrama von 1917 wird indessen vierzig Jahre lang nicht nur in jenem Lande gespielt, in dem es damals seine blutrote Premiere hatte. Das Drama ist inzwischen über viele andere Bühnen der Welt gegangen. Und im Gegensatz zu den Schauspielen, die sich abnutzen, weil das Publikum ihrer allmählich überdrüssig wird, hat die Sowjetrevolution währenddessen überall dort, wo sie in Szene gegangen ist, die Ausgänge der Schaubühne hermetisch verschlossen. Wir erleben so die beklemmenden Szenen voll mit Menschen und Aktivität gefüllt, aber hermetisch abgeriegelter Völkerlandschaften überall dort, wo die Sowjets Macht gewonnen sind.

Mehr als dies: als vor einem Jahr ein großer elementarer Versuch in Ungarn gewagt wurde, aus dieser Szenerie der erfrornen Revolution auszubrechen, erwies sich der Zugriff der Macht tödlicher als in jeder ihrer früheren Phasen. Von Ungarn und vom „polnischen Oktober“ gingen Hoffnungen aus. Es machten sich Spekulationen auf den Weg, wenn man an das Jugoslawien Titos dachte. Kombinationen durchjagten die diskutierende Welt, wenn von den „1000 Blumen“ Mao Tse Tungs zu hören war, die dort blühen sollten. Die

milde, hoffnungsvolle Vokabel, mit der der wundergläubige Westen an Erscheinungen dieser und ähnlicher Art heranging, hieß Nationalkommunismus. Chruschows arg bedrängte Weltsicht schickte Apostel und Ideologen durch die Lande, die das Recht auf einen jeweilig national getönten Kommunismus oder gar Sozialismus verkündeten. Man spürte Luft aus dem Kreml, hatte längst Komintern und später auch Kominform zerbrechen sehen und meinte nun, die große ex cathedra sprechende kommunistische Moskau-Kirche auf das Alleinrecht des Dogmas verzichten zu sehen.

Doch in diesem Tauwetter der Meinungen, das die starren Formeln der Moskauer Befehlsgewalt zu schmelzen schien, vergaß man eine wichtige Kleinigkeit: die ideologische Aufweichung tat der Tatsache, mit der die Sowjetunion die halbe Welt beherrschte, nicht weh. Im Gegenteil, solche Aufweichung diene dazu, sie genehmer und ansprechender zu machen. Das Tauwetter der Ideologie sollte gerade den bösen kalten Kriegern im Westen das Sowjetreich und das Satellitensystem zu Verhandlungspartnern empfehlen. Das Stichwort von der Koexistenz war ausgegeben. Es war nicht aus dem Westen gekommen, aber im Westen griff man vielerorts dankbar danach. Die Bereitschaft zu glauben, daß die Moskauer Herren es endlich so meinten, wie sie es sagten, breitete sich aus. Mit dem dankbaren Glauben an das Koexistenz-Angebot schlich sich in die Herzen des Westens die Hoffnung, nun sei endlich die Revolution zum Stillstand gekommen. Viele kluge Erklärungen machten das Hoffen glaubwürdig: der so mächtig geweitete und aufgeblähte Osten brauche künftig eine lange Periode der inneren Konsolidierung.

Die Genfer Gipfelkonferenz im Spätsommer 1955 erschien in solcher Weltsicht als das feierlich heitere Abschiedsfest für alle revolutionären Macht- und Expansionsgelüste aus dem Osten. Was tat es — in den langen Monaten danach —, daß die lächelnden neuen Herren des alten Kreml durch die Welt

zogen, um die Ernte einer solchen frohen Befriedungsreligion in ihre Scheuern zu bringen. Zwei Jahre später aber wurde dann endlich auch dem tumbeisten Toren klar, daß in diesen zwei Jahren der Freundlichkeiten, der ideologischen Liberalisierung, der nationalen Sozialismen die sowjetische Revolution ein gehöriges Stück weiter vorgedrungen und in westliche Bereiche eingesickert ist. Es liegt nicht nur am Sputnik und an der polternd herausfordernden Art, mit der Chruschow dieses Geschenk an die Menschheit als den bisher bedeutendsten Machtsieg über die westliche Welt anbietet. Aber Sputnik und mit ihm das Raketen-trommelfeuer mußten wohl kommen, um die Illusionen zu zerstören, mit denen die übrige Welt dem angeblichen östlichen Stillhalte- oder gar Aufweichungsprozeß zuschaute.

Nun ist Alarm im Westen. Er platzt, gewiß nicht dem Zeitplan und den Wünschen Chruschows gemäß, in die Jubiläumsfeierlichkeiten von Moskau hinein. Diese Feiern, ohnehin durch das Gewitter gestört, das um Marshall Schukow und damit wiederum auch um eine vage Hoffnung mancher westlichen Ideologen tobt, werden gewiß dem kritischen Auge manche dunklen Punkte im hellen Festestaumel offenbaren. Aber man soll sich nicht wieder frohlockend damit trösten, daß sich Tito mit Hexenschuß entschuldigt und daß diese oder jene Dependence der Weltrevolution nur ihre zweite Garnitur schickt oder sich gar unakkömlich meldet. Der Demonstration von Moskau wird trotz solcher Lücken und Schönheitsfehler durchaus das Fluidum einer massiven Machtexpansion des Moskauer Kommunismus anhaften. Wir haben keinen Grund, dies zu bagatellisieren. Und wir haben noch weniger Anlaß, es zu ignorieren. Wir müssen mit dieser Machtfülle als einer politischen Realität rechnen. Wir müssen mit ihr fertig werden.

Dafür bietet sich so gern das Schlagwort von einer aktiven Ostpolitik an. Es schwebte traumverloren und phantasie-

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Keine Diskussion über Luftkorridore

Bonn (Eigenmeldung). Von westlicher Seite wird nicht beabsichtigt, die Frage der Luftkorridore zwischen Berlin und dem Bundesgebiet auf irgendeine Weise gegenüber den Sowjets oder den Behörden der Sowjetzone aufzuwerfen. Man reagiert auf den neuen Anstoß der „Berliner Zeitung“ zunächst abwartend. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Frage von seiten der Lufthansa aufgerollt wird.

## Forscher sollen Mondrakete bauen

### Siebenstündige Sitzung im Pentagon

Washington/Moskau (AP/DPA). Die amerikanische Regierung hat die führenden Flugzeug- und Raketenhersteller des Landes zur Vorlage konkreter Pläne für eine Mondrakete aufgefordert, wie die „New York Herald Tribune“ meldet. Diese Rakete soll unbemannt sein und „nach gegenwärtigen Vorstellungen in der Rekordzeit von einem Jahr oder weniger erbaut und abgeschossen werden“.

Im Pentagon in Washington berieten die maßgebenden Persönlichkeiten des Kongresses mit Verteidigungsminister McElroy und seinen Fernwaffen-Spezialisten sieben Stunden lang über das sowjetische und amerikanische Raketenprogramm. Der demokratische Senator Johnson kündigte nach

## Rededuelle mit Adenauer

### Bundestag: Um Wiedervereinigung und NATO

Bonn (Eigenmeldung). In einer ruhigen Debatte, die nur gegen Abend durch eine Auseinandersetzung zwischen Dr. Adenauer und Erich Ollenhauer sowie Fritz Erler einen dramatischen Akzent erhielt, hat der Bundestag die Regierungserklärung des Bundeskanzlers von der Vorwoche gebilligt. Wie erwartet, stimmten die Regierungsparteien CDU/CSU und DP dem Regierungsprogramm zu, wenn die DP auch einige Vorbehalte anmeldete.

Die beiden Parteien der Opposition verweigerten der Regierung dagegen ihr Vertrauen, wobei die FDP sich jedoch wesentlich zurückhaltender aussprach als die SPD, die vor allem die Außenpolitik der Bundesregierung erneut scharf verurteilte. Im ganzen konnte die Bundesregierung nach der nur etwa siebenstündigen Debatte befriedigt feststellen, daß sie eine starke und sichere parlamentarische Basis für ihre politische Arbeit gefunden hat.

Nachdem in einer sechsstündigen Aussprache, die Redner aller Fraktionen ihre Auffassungen zum Regierungsprogramm geäußert hatten, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer. Adenauer erklärte, er fühle sich durch die Äußerung des SPD-Vorsitzenden gekränkt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Politik der Bundesregierung

verhindert werde. Sofort verwandelte sich der Bundestag, der bis dahin alle Redner mit Ruhe und Zurückhaltung angehört hatte, in eine erregte Versammlung, die scharf in die zwei Gruppen — Regierungsparteien und Opposition — zerfiel. Beifall und heftige Proteste lösten einander ab. Mit Nachdruck erklärte Adenauer, nur durch die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Atlantikpakt werde die Freiheit Westdeutschlands gewährleistet und der Weg zur Wiedervereinigung offengehalten. Er sei „traurig“ darüber, daß Ollenhauer kein Vertrauen zum Chef der Bundesregierung habe. Die Spannung erhöhte sich, als Adenauer dann einige scharfe Äußerungen Ollenhauers aus dem Wahlkampf zitierte und die Opposition aufforderte, den Ernst der Weltlage zu erkennen,

### Erl erntet Lob Adenauers

Der neugewählte stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Erler, nahm wenig später den Faden noch einmal auf. Er bekannte sich zur Geltung der deutsch-alliierten Verträge (NATO) und versicherte, auch eine SPD-Regierung würde diese Verträge erfüllen. Die entscheidende Frage sei aber, ob auch ein wiedervereinigtes Deutschland dem Atlantikpakt angehören müsse. Diese Erklärungen veranlaßten Dr. Adenauer, Erler als den „vernünftigsten“ Sprecher der SPD zu bezeichnen, der bisher immer die „korrektesten“ Erklärungen abgegeben habe. „Andere sprachen ganz anders“, fügte Adenauer hinzu, „je mehr von ihnen sich zur Anschauung des Herrn Erler bekennen, desto lieber ist es mir.“ Adenauer versicherte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland in seinen Entschlüssen frei sei. Die Bundesrepublik habe nicht das Recht, Gesamtdeutschland heute schon festzulegen,

## Stiller Protest auf den Friedhöfen

Budapest gedachte des Aufstandes

Wien (AP). Der Jahrestag der Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes verlief ebenso wie der Jahrestag der ungarischen Volkserhebung am 23. Oktober ohne Zwischenfälle, nachdem das Kadar-Regime Tage zuvor gedroht hatte, es werde etwaige Demonstrationen „mit eiserner Faust“ im Keim ersticken. Zu Tausenden strömten die Budapester aber hinaus auf die Friedhöfe, wo im vergangenen Jahr um diese Zeit die Särge mit den Gefallenen dicht gedrängt gestanden hatten.

Ein Kommentator des Budapester Rundfunks behauptete am Montagabend, vor einem Jahr wäre Ungarn „um Haarsbreite“ der NATO in die Arme getrieben worden. Nur der Intervention der sowjetischen Armee sei es zu danken, daß Ungarn nicht zu einer Bastion gegen den Kommunismus ausgebaut worden sei. Der Sprecher erinnerte sodann daran, daß die sowjetischen Truppen „nicht als Feinde, sondern als Freunde und Helfer“ gekommen seien, um beim Wiederaufbau des ungarischen Wirtschaftslebens zu helfen.

In Wien gedachten ungarische und österreichische Studenten

der Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes durch Teilnahme an einer Totenmesse im Stephansdom. Anschließend marschierten sie mit Fackeln und unter Absingen vaterländischer Lieder durch die Innenstadt Wiens, bis die Polizei eingriff und den Demonstrationen aufblühte.

Am Vorabend des Jahrestages teilte die Regierung Kadar mit, daß sie die Sondergerichte aufgelöst und alle noch schwebenden Verfahren ordentlichen Gerichten zur weiteren Verfolgung übergeben habe.

## Abrüstung im Stich gelassen

Auszug der Sowjets aus UN-Kommission

New York (AP). Die Sowjetunion zieht sich aus der UN-Abbrüstungskommission und auch aus deren Unterausschuß zurück, wie der stellvertretende sowjetische Außenminister Kusnezow im Politischen Ausschuß der Weltorganisation bekanntgab. Seine Regierung, so betonte Kusnezow, vertrete die Ansicht, daß die Möglichkeiten einer Nutzung der beiden Gremien zu „produktiver Arbeit“ vollständig erschöpft seien.

Der Politische Ausschuß beschäftigt sich zur Zeit mit einem

Genf (AP/DPA). Ein Jahr nach dem Beginn der Massenflicht aus Ungarn veröffentlichte das Amt des Hohen Kommissars der UN für Flüchtlingsfragen einen Bericht über das Schicksal der ungarischen Flüchtlinge. Danach sind von den 175 000 Ungarn, die nach Österreich flüchteten, 154 000 in Ländern der freien Welt angesiedelt worden. 21 000 Menschen leben noch in Lagern in Österreich. Etwa 5000 der nach Jugoslawien geflüchteten 20 000 Ungarn fanden ebenfalls im Westen eine neue Heimat. Insgesamt 10 000 gingen freiwillig nach Ungarn zurück.

von 24 Nationen unterbreiteten Vorschlag, der Abrüstungsunterausschuß solle seine Bemühungen um eine Abrüstungsübereinkunft so bald wie möglich wiederaufnehmen. Dabei hätten nach dem Vorschlag die westlichen Abrüstungspläne als Verhandlungsgrundlage zu dienen.

Der stellvertretende sowjetische Außenminister behauptet, die gegenwärtige Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung habe gezeigt, daß die USA und andere Westmächte „wie zuvor“ bemüht seien, eine Abrüstungsübereinkunft zu vereiteln. Neue Beratungen in der Abrüstungskommission und in dem Unterausschuß, so sagte er, würden lediglich „als Deckmantel für die Weiterführung des Rüstungswettlaufs dienen“, den der Westen fortsetze.

Weitere Besprechungen sollten daher nur innerhalb eines Gremiums stattfinden, in dem sämtliche Mitglieder der Weltorganisation vertreten seien. Einer derartigen Forderung hatte sich der Westen indessen schon früher energisch widersetzt und darauf hingewiesen, daß Moskau auf solche Weise einen Propagandakrieg einleiten wolle.

Nach der sowjetischen Ankündigung glaubt man nunmehr, daß die Abrüstungsgespräche für die nächste Zukunft ihr Ende gefunden haben.

## Keine Raketenproduktion beantragt

Bonn: Vorläufig nicht beabsichtigt — Erklärung Brentanos

Bonn (Eigenmeldung). Die Westmächte sind bisher noch immer nicht offiziell mit dem Vorschlag an die Bundesregierung herangetreten, deutsche Forscher und Firmen sollten sich an der Entwicklung und Produktion von Raketen zu militärischen Zwecken beteiligen. Bundesaußenminister Dr. von Brentano erklärte vor der Presse, von seiten der Bundesregierung sei bisher auch kein Antrag an die Westeuropäische Union vorbereitet worden, der auf eine Aufhebung des Verbots der Produktion von Raketenwaffen in der Bundesrepublik abzielt. Trotzdem rechnet

man aber in Bonn damit, daß die Frage einer deutschen militärischen Raketenproduktion innerhalb des nächsten Vierteljahres aufgeworfen und wahrscheinlich positiv entschieden wird.

Köln (DPA). Für eine eigene deutsche Raketenforschung setzte sich in Köln der Raketenpezialist Dipl.-Ing. Rudolf Nebel ein. Voraussetzung sei, daß die Bundesrepublik den freiwilligen Verzicht auf die Raketenforschung und -produktion ferngelenkter Geschosse zurücknehme und daß die Länder der westeuropäischen Union ihre Zustimmung dazu gäben.

So sind sie wirklich:

## Darf ein Polizist politisch denken ...?

Eines der wenigen Bilder von dem soeben neuernannten Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, zeigt diesen neben Wilhelm Zaisser: Klein, devot, mit unschuldigem Kinderblick. Ohne jeden Hinweis würde jeder in ihm den „Zweiten“ sehen, der er bis zum heutigen Tage auch gewesen ist.

Aber die Geschichte kommunistischer Geheimdienste beweist, daß die „Zweiten“ immer gefährlicher als die „Ersten“ gewesen sind. Der mächtige Zaisser wurde über Nacht gestürzt, Mielke, sein Stellvertreter, blieb, obwohl man ihm die gleichen Dinge hätte vorwerfen können. Unter Wollweber schien es, als sei Mielke so eine Art Schreibstübchenchef, während der ehemals bombenschmeißende Matrose Wollweber zum Inbegriff ausübenden Terrors wurde. Jetzt ist er ganz plötzlich in das Grotewohl-Kabinett als SSD-Minister nachgerückt, während Wollweber — was nicht bezweifelt werden kann — aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand treten wird. Wer aber ist damit Pankows dritter Geheimpolizeichef geworden?

### Nur „Dreiviertelproletarier“

Die Biographie ist vom großen Dutzend: Im Dezember 1905 als Sohn eines kleinen Angestellten geboren (in einigen Parteidaten ist „Arbeitersohn“ vermerkt), kaufmännischer Lehrling, dann Expedient, mit 16 Jahren „Kommunistischer Jugendverband“, 1927 von der KPD übernommen und als Reporter für das Zentralorgan „Rote Fahne“ tätig.

Freunde besaß er keine in der Partei. Man nahm ihn nie sonderlich ernst, bezeichnete ihn etwas abfällig als „Dreiviertelproletarier“, weil er auffallend Wert auf sein Äußeres und auf bürgerliche Umgangsformen legte. Seine journalistische Glanztat war ein Sensationsbericht über eine Opiumhöhle im Berliner Westen, von der er erst nach Drucklegung in der „Roten Fahne“ erfuhr, daß hier der sowjetische Geheimdienst verkehrte ...

### Mord am Bülowbogen

Man hat diesen Mielke etwas zu Unrecht dramatisiert, nach-

## ERICH MIELKE



dem er — was ziemlich einwandfrei bewiesen ist — während einer KPD-Demonstration 1931 auf dem Bülowplatz die Polizeihauptleite Anlauf und Lenk erschoss. Zwar hat Mielke die Schüsse, und mit Sicherheit auch die tödlichen, abgeben, aber der organisatorische und intellektuelle Urheber dieses Mordes war Ulbricht. Mielke hatte als kleiner KP-Reporter lediglich die Aufgabe, die Polizei herauszufordern und das Ulbricht zu diesem Zeitpunkt erforderlich scheinende Blutbad zu arrangieren. Die „Zentrale“ wollte „Jamals den Straßenkampf verschärfen, und Mielke schoß. Daß er traf, war sein Unglück, denn Leute wie Heinz Neumann — der auch nicht ganz unschuldig an diesem Verbrechen war — berichteten später, nur Anlauf hätte angeschossen werden sollen ...

Mielke floh nach Belgien, gesucht von der gesamten europäischen Polizei. 1936 tauchte er unter verschiedenen Namen als Ausbilder in Rotspanien auf, ließ sich in Frankreich unter dem Namen „Gérard“ und „Mielce“ internieren und kam unter nie ganz geklärten Umständen 1940 in die Sowjetunion.

### Politruk vor Moskau

Mit dem Mord am Bülowbogen war Mielkes weitere Laufbahn festgelegt, denn jetzt hatte der sowjetische Geheimdienst für ihn zu sorgen. Er entzog

ihn der Polizei, bestimmte seine Einsätze und sorgte in Moskau dafür, daß Mielke eine fundierte geheimpolizeiliche Grundausbildung bekam, Mielke kam gar nicht erst dazu, sich mit den deutschen KP-Emigranten anzufreunden oder anzufinden. Militärschulen, NKWD-Kurse und der Einsatz auf fernöstlichen Truppenplätzen — wo er auch mit Zaisser zusammenkam — gaben ihm den für einen NKWD-Mann erforderlichen Schliff. Als die deutsche Armee vor Moskau stand, war er der einzige deutsche Politoffizier auf der Seite Schukows!

Seine Rückkehr 1945 war lautloser als die der übrigen Emigranten. Im sächsischen Innenministerium experimentierte er gemeinsam mit Sowjetoffizieren beim Aufbau einer Sicherheitstruppe, wenig später organisierte er in Berlin die Abteilung „K 5“, den Vorläufer des „Staatssicherheitsdienstes“, den er gemeinsam mit Zaisser 1950 aus der Taufe hob.

1953, als das SSD-Ministerium in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums übergang, wurde Mielke stellvertretender Staatssekretär unter Wollweber und Generalleutnant. Mit Wollwebers Rang stieg dann der seineige, aber immer blieb er besondert der „zweite Mann“. Wollweber hat Mielke sehr geschätzt. Denn dieser hat nie nach mehr Macht gestrebt. Er hat auch keine Politik gemacht. Eines der berühmtesten Zitate Mielkes, gegeben vor sächsischen Geheimdienstoffizieren: „Ich habe mich oft gefragt, ob ein Polizist politisch denken darf. Heute glaube ich, daß er es nur darf, wenn er aufhören will, Polizist zu sein! Nu habense die Wahl: Gehense zum FDGB oder zur Staatssicherheit ...“

Mielke ist für Ulbricht ein bequemer Minister. Und ein gehorsamer. Für die, die etwas gegen Ulbricht haben, kennt Mielke nur das Zuchthaus. Übrigens: Mielke ist der einzige SED-Funktionär, der einmal von der Benjamin sagte: „Für diese Frau habe ich die tiefste Bewunderung ...“ Nun sind sie endlich Ministerkollegen ...

# SED propagiert Christenverfolgung

## Die Hintergründe der antikirchlichen Demonstrationen

Die Kirchenverfolgung durch die SED hat in der Sowjetzone einen neuen Höhepunkt erreicht. Sie nimmt Formen an, daß man bereits von einer Christenverfolgung sprechen möchte. Denn in jedem Pfarrer und jedem Kirchendiener, den sie diffamiert, versucht die SED mehr und mehr die Gläubigen an sich zu treffen. Mehr denn je sehen die Kommunisten in dem Glauben der Kirche eine Kraft, die über die sich verhärtenden Zonengrenzen hinüberreicht. Und immer mehr erkennt die SED, daß ihr Ziel, die Spaltung der Kirche und die Schaffung einer Art sowjetzonaler „Nationalkirche“, nie gelingen kann. Ohne die Spaltung der Kirche aber kann ihr niemals die endgültige Zerreißung Deutschlands glücken. Und in dieser Phase forciert staatlicher Isolierung beginnt sie die Kirche mit nationalsozialistischen Methoden zu bekämpfen.

Hitler engagierte seine Ludentorffs, um die „moralische Verkommenheit“ der Kirche zu beweisen. Im „Stürmer“-Jargon zogen diese über den christlichen Glauben her. Dennoch scheute sich ein Hitler nicht, von der „göttlichen Vorsehung“ zu sprechen, die ihn berufen habe. Sein Ziel, offen zugegeben: Eine nationalsozialistische Nationalkirche. Eine Kirche, die Hitler ihren Segen geben würde.

### Verfolgung ohne Ende

Vielleicht hat man nach dem Kriege zuviel über die Verfolgung der politischen Widerstandskämpfer und zuwenig über die der Geistlichkeit geschrieben. Welche Kraft aber hat gerade die Kirche Hitler entgegengesetzt und wie hat dieser seine geistlichen Gegner gehaßt! Wie aber kommt es, daß gerade die von Hitler verfolgten Kirchenvertreter heute von der SED und ihren Handlangern diffamiert und verleumdet werden? Ist es nicht die gleiche Art der Diktatur, die einfach keine Macht neben sich dulden kann und will? Und — sind uns die Methoden, deren sich die Ulbricht und Maron bedienen, nicht noch in allzu böser Erinnerung

Wie war das doch mit den „kirchlichen Devisenschleibern“, die Hitler auf Pressekonferenzen dem Ausland präsentierte? War das nicht haargenau so arrangiert wie jenes Gangsterstück mit den in Magdeburg verhafteten Kirchenvertretern nach dem letzten Währungs-betrug? Sehen wir uns diesen Fall doch einmal näher an...

### Wem gehört das Geld?

Die Ostberliner gehen in die Westberliner Kirchen. Westberliner hören sich häufig — besondere Predigten im Sowjetsektor an. Die Kirche erhält Spenden in Ost- und Westmark, jeder Kirchendiener merkt das bei der Kollekte. Die in Westberlin ansässigen Kirchenbehörden unterstützen Gläubige in allen Sektoren. Die SED weiß und duldet, daß sich in den Kassen der evangelischen Kirchenleitung größere Ostgeldbeträge befinden. Am Tage des Währungsumtausches wurden alle diese Beträge ordnungsgemäß angemeldet und von den Ostbehörden ihr Umtausch zugesagt. Die beiden in Magdeburg verhafteten Kirchenbeamten haben lediglich — im Vertrauen auf die kommunistische Zusage — das Geld vor dem Eintreffen der entsprechenden Bescheinigungen an den Umtauschort gebracht. Sie wurden zu dieser Eile durch die ultimativen Veröffentlichungen der SED-Presse gezwungen, die den Anmeldern eine Umtauschfrist von wenigen Stunden setzten. Die Kirchenvertreter mußten damit rechnen, daß ihnen ihre Bescheinigungen wenig nützen würden, wenn sie das Geld nicht noch am gleichen Tage abliefern würden. Wo aber liegt darin das „Währungsverbrechen“?

Geld, dessen Erwerb an Hand vieler Unterlagen nachgewiesen werden kann, das ordnungsgemäß angemeldet und dessen Einfuhr rechtzeitig beantragt wurde und das — nicht zu vergessen — keinem Kirchenvertreter, sondern den Gläubigen gehörte — kann man damit politisch spekulieren? Will die SED die Kirche treffen oder nicht vielmehr die Gläubigen, denen dieses Geld gehört...?

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.  
 Druck: W. Buxenstein, GmbH.

Inzwischen ist die SED recht still geworden in dieser Angelegenheit. Der Zweck ist ja auch — wie ehemals bei Hitler — erreicht: Man hat den „Feind“ durch ein paar fette Schlagzeilen diffamiert, und Dementis werden auch nach der selbstverständlichen Rehabilitation der Kirchenvertreter nicht gegeben! Viel entscheidender ist: Die SED hat gerade in diesen Tagen den Kirchenkampf um jeden Preis proklamiert. Sie führt ihn über Jugendweih-Provokationen und läßt — wenn es darauf ankommt — die Beerdigung einer Jungkommunistin nicht aus, um Skandale zu provozieren. In gewissem Sinne spielt dabei der naive Glaube mit, man könne die Kirche durch finanzielle Betrugsmanöver schlagen. Welch grenzenlose Naivität! Wenn jeder Gläubige in der Zone auch nur einige Groschen für seine Kirche gäbe, wäre das ganze „Vermögen“, um das es hier den Kommunisten geht, wieder aufgefüllt. Und wieviel lieber gäben die Menschen diese Groschen der Kirche als einem Sammler der „Nationalen Front“! Und die Kirche spalten? Eines darf dabei gewiß sein: Solange im deutschen Volk — und vor allem unter den Menschen der Zone — noch der Wille zur Wiedervereinigung besteht, kann die Kirche als ungeteilte Kraft nie gespalten werden... ■



Die „Opfergabe“

„Grüß lieber, Genosse!  
Kannst du wissen, ob es nicht der  
neue SSD-Chef ist!“

## Mit dem Osten fertig werden

Fortsetzung von Seite 2

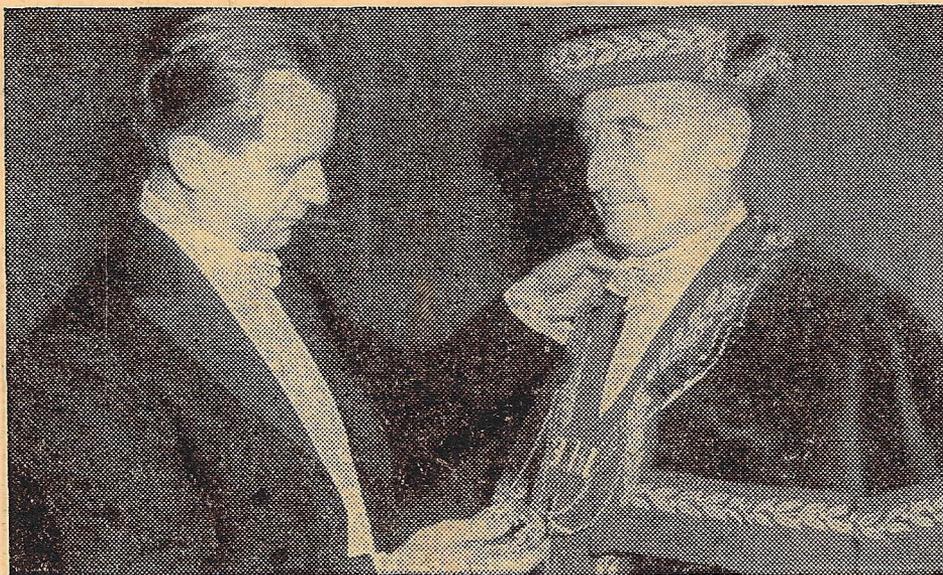
unwölkt im Raum, solange wir uns gern von der freundlichen Vorstellung leiten lassen, Koexistenz bedeute wirklich Koexistenz. Nun aber klären sich die Meinungen. Aktive Ostpolitik kann wohl nicht bedeuten, daß man ja sagt zu einer aktiven Aggressionspolitik, die das Jubiläumsregime so überdeutlich jetzt demonstriert. Aktive Ostpolitik kann auch nicht die freiwillige Anerkennung jedes Schrittes sein, den der Osten nach Westen hin militärisch, wirtschaftlich und ideologisch tut.

Der Westen kann nicht, wie bisher, darauf warten, was der Osten unternimmt. Er darf sich nicht nach jeder Aktion überlegend, enttäuscht, möglicher-

weise auch zu diesem oder jenem Gegenschritt entschließen. Damit würde er, gewollt oder gestoßen, auf die Dauer nur zum Bundesgenossen der Weltpolitik aus der Revolution.

Er muß statt dessen eine eigene Konzeption entwickeln. Versuche dazu hat es schon mehrfach in den vergangenen Jahren gegeben. Doch der kalte Krieg ist von gestern, und das Lächeln der Freundschaft starb längst. Die Ostpolitik von heute und mehr noch die von morgen muß von der Erkenntnis ausgehen, daß die Revolution aus Moskau permanent ist. Sie muß begreifen, daß der Westen die Aufgabe und auch die Kraft hat, sie aufzuhalten und einzudämmen. Das heißt: der Westen muß endlich daran-

gehen, sich nicht nur dann, wenn die Raketen drohen, zusammenzusetzen und einig zu werden. Er muß eine politische Kraft werden. Er darf sich nicht auf seine Waffen und sein Wirtschaftspotential verlassen. Dem Osten gegenüber reichen diese Kräfte nicht aus. Wenn der so lange zögernde und ungeschlüssige amerikanische Präsident Eisenhower im Dezember nach Paris zur NATO kommt, mag das manchem Zeitgenossen nur wie ein Konferenzbesuch erscheinen. Jedoch nur einmal vorher war Eisenhower in Europa: zum Lächelmeeting in Genf. Mit Kommuniqués aus Paris freilich wird es nicht getan sein. Ob es möglich sein wird, gegen die permanente Welt der Revolution eine sich fest gründende Welt der Freiheit endlich zu fundamentieren?



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Feierliche Rektorats-Übergabe in der Freien Universität Berlin. Der neue Rektor, Prof. Dr. Gerhard Schenck (im Ornat), nimmt die Glückwünsche seines Vorgängers und jetzigen Prorektors, Prof. Dr. Andreas Paulsen, entgegen. — Unten: „Wasserbüffel“ werden auf dem Niederrhein erprobt. Eine große Zukunft wird der rentableren „Schubschiffahrt“ vorausgesagt.

